

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Ferien Nr. 22,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzolamts Meißen befähigter bestimmtes Blatt.

Postfachkonto:
Tresden 1530.
Circuloff:
Rieser Nr. 52.

Nr. 211.

Donnerstag, 8. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Am Kreuzweg.

Wer die in- und ausländische Presse in diesen Tagen genau verfolgt hat, weiß, daß wir nicht nur innen, sondern auch außenpolitisch an einem entscheidenden Kreuzungspunkt der Entwicklung stehen. Dem Kampf um das Parlament im Innern entspricht außenpolitisch der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und Sicherheit. Der Auflösung des Reichstags kann unter Umständen sehr rasch die endgültige Ablage an die Genfer Abrüstungskonferenz folgen. Bei beiden Entscheidungen sind Rückwirkungen möglich, die das Schicksal unseres Volkes auf Jahre hinaus begleiten können.

Das hinter den außenpolitischen Forderungen der deutschen Regierung auf Gleichberechtigung und Abrüstung das ganze deutsche Volk steht, braucht nicht besonders ausgesprochen zu werden. Die Welt würde sich täuschen, wenn sie hier „Unfälle“ irgendeiner deutschen Partei erwartet. Wünschenswert ist allerdings eine innerpolitische Verständigung über den Ton und die Form, in der die außenpolitische Propaganda Deutschlands geführt wird. Es darf auch nicht der leiseste Verdacht aufkommen, daß hier irgendeine deutsche Volksgruppe nicht mit dem verantwortlichen deutschen Außenminister konform geht. Auch die Regierung muß sich diesem Gesicht unterwerfen. Es wäre eine grobe Verächtlichmachung des wirklichen Tatbestandes, wenn zwischen dem konstanten, verhandlungsbereiten Ton der deutschen Wehrdenkschrift und gelegentlichen Reuerungen führender militärischer Stellen Auffassungsunterschiede konstruiert würden.

Der Zweck der deutschen Wehrdenkschrift ist von Außenminister von Neurath sehr genau umschrieben worden. Er erhält aber bereits völlig eindeutig aus Punkt 8 des amtlichen Textes. Hier ist ausdrücklich unterstrichen, daß die Aufzeichnungen keinen ultimativen Charakter tragen, auch gar nicht in Form konkreter Forderungen „Minimalwünsche“ des deutschen Reichswehrministeriums lauthören. Was durch sie erreicht werden sollte, ist ausschließlich die Verschleppung der direkten deutsch-französischen Aussprache. Der deutsche Außenminister hat es der französischen Regierung selbst nahegelegt, nun ihrerseits mit Gegenwünschen zu kommen, die sich auf die französische Auffassung der entscheidenden Grundfragen: Gleichberechtigung und Sicherheit beziehen. Es heißt dann in dem deutschen Text: „Die deutsche Regierung wird stets zur Erörterung von Plänen bereit sein, die dazu dienen, die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen.“ An dem „loyalen und maßvollen Charakter der deutschen Absichten“ ist also wohl kein Zweifel möglich.

Wir möchten annehmen, daß trotz des wüsten Pressegeschreies, das von Paris aus in die Welt hinausflutet, auch die französische Regierung nüchtern und ruhig über die deutschen Verhandlungsvorschläge denkt. Was von dem Inhalt ihrer Antwort bisher bekannt geworden ist, berechtigt zu der Annahme, daß die weitere Aussprache dadurch nicht zerfallen wird. Auch der Hinweis Frankreichs, daß man nur in Genf „kollektiv“ verhandeln könne, ist nicht besonders tragisch zu nehmen. Die deutsche Regierung ist immer bereit dazu. Sie fordert nur, daß noch vor Ende die Gleichberechtigungsthese eindeutig geklärt und damit die Möglichkeit einer Verzerrung der Genfer Verhandlungen a priori vermieden wird. Bis zum Erweis des Gegenteils wird man also in Deutschland gut tun, den Verhandlungen zwischen dem französischen Botschafter Francois Poncet und Freiherrn von Neurath den bestmöglichen Verlauf zu wünschen. Erst nach einem völligen Scheitern dieser Verhandlungen würden sich jene Konsequenzen ergeben, über die der Reichswehrminister mit militärischer Deutlichkeit und Offenheit gesprochen hat, Konsequenzen, die allerdings so schwerwiegend wären, daß man sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen uns und der Welt erspart sehen möchte.

Andererseits wünschen wir freilich auch manches, was jetzt innerpolitisch heraufzieht! Das wirtschaftliche Belebungsprogramm der Regierung Papen ist trotz berechtigter Bedenken sicher ein Schritt nach vorwärts, selbst wenn es nur ein kleiner Schritt sein sollte. Aber der Erfolg dieses Programms ist doch ebenso wie von außenpolitischen Einwirkungen auch von einem innerpolitischen Ausgleich der Gegensätze abhängig. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien läßt sich deshalb nicht ohne Bedauern feststellen. Die Auflösung des Reichstages muß uns von neuem in wilde innerpolitische Kämpfe stürzen, die leicht die ganzen Reime wirtschaftlicher Belebung vernichten können. Man fragt immer noch: Ruß das sein? Geht wirklich die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstagspräsidenten völlig ergebnislos aus? Bleibt zwischen Zentrum und SPD auf der einen und der Präsidentschaftsregierung auf der anderen Seite nichts als eine noch schwerere Verfestigung? Wählt sich nicht noch ein Weg für die Ausgleichung der personellen Gegensätze finden, die mehr als es gut war die innerpolitische Propaganda vergifteten? Man fragt, und man fragt fast schon ohne Hoffnung auf bessere Einsichten! Aber ist man sich wirklich klar, was es heißt: Draußen die Gefahr eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen und einer neuen völligen Isolierung Deutschlands, und drinnen die Gefahr weiterer innerpolitischer Verfestigung und einer Regierungsdiffidat, die zunächst Diktatur bleiben muß, auch wenn sie Neuwahlen auschreibt?

Deutschland steht in diesen Tagen am Kreuzweg. Auf den Männern, die uns führen, lastet schwer die Verantwortung. Man muß nur hoffen, daß alles gut läuft und nicht alte bedrückende Situationen der Vergangenheit von neuem wieder auftauchen.

Sehr geringe Aussichten der Koalitions-Verhandlungen.

Freitag mittag Empfang des Reichstagspräsidenten bei Hindenburg.

Die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem neuen Reichstagspräsidenten

Ist auf Freitag vorverlegt worden, da der Reichspräsident einen Tag früher zurückkehren will, als ursprünglich beabsichtigt war. Dadurch kommt, wie man in politischen Kreisen mit bitterer Ironie feststellt, in der deutschen Politik wieder einmal der Freitag zu seinem Recht. Das Ergebnis des Freitag-empfangs — das nimmt man auch auf der Wilhelmstraße an — kann kein anderes sein als der feste Entschluß des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, den Reichstag aufzulösen. Die Frage ist nur noch, wann und in welcher Form die Auflösung erfolgt, ob unmittelbar nach der großen Regierungserklärung des Reichskanzlers oder nach den Reden der ersten Rednergarnitur. Wahrscheinlich wird man sich zu dem ersten entscheiden, da ja die Regierung kaum Veranlassung hat, der Opposition noch Gelegenheit zu Propagandarede zu bieten, die doch nur bewußt zum Fenster hinausgeredet würden. Aber wie gesagt, darüber ist noch keine Entscheidung gefallen. Man hat jetzt sowieso Zeit und braucht sich vor dem Wochenende nicht all zu sehr zu beeilen. Mit dem Auflösungsdekret in der Tasche lassen sich die „Zudungen des herbedenden Parlamentarismus“ in großer Seelenruhe beobachten. Eine Gefahr für die Reichsregierung von Papen, wie sie noch bis zum Anfang dieser Woche behauptet hat, besteht jetzt nicht mehr. Bis zum Wiederzusammentritt des neuen Reichstages können Monate vergehen. Bis dahin werden die jetzigen Schwierigkeiten längst vergessen sein, und mit den dann sicherlich vorhandenen neuen Schwierigkeiten wird man auch fertig werden.

In parlamentarischen Kreisen neigt man jetzt wieder mehr zu der Auffassung, daß es in den nächsten Wochen doch zur Auflösung des Reichstages kommen werde. Bestimmte Tatsachen, die diese Erwartung rechtfertigen könnten, liegen allerdings nicht vor, abgesehen von der Gemisheit, daß das Kabinett Papen in jedem Falle auf ein Mißtrauensvotum oder auf die Annahme eines Antrages, der die Aufhebung der Notverordnungen verlangt, mit der sofortigen Auflösung quittieren würde.

Wenn sich die Nationalsozialisten, nach den Reden ihrer Führer zu urteilen, mehr und mehr auf die Auflösung und auf einen neuen Wahlkampf einrichten, so kann dem natürlich auch die Absicht zugrunde liegen, auf das Zentrum einen Druck auszuüben. Umgekehrt kann die offiziöse Versicherung, daß unter bestimmten Voraussetzungen bestimmt aufgelöst werde, als ein neuer Druck auf den Reichstag betrachtet werden, dem Kabinett Papen nicht in den Arm zu fallen. Gestern hat im Reichstag eine Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion stattgefunden. Obwohl man offiziell noch immer an der Fortführung der Verhandlungen mit dem Nationalsozialisten festhält, scheint man doch auch im Zentrum selbst nicht mehr daran zu glauben, daß es gelingen werde, auf diesem Wege die Regierung aus dem Sattel zu heben. Eine längere Vertagung des Reichstages nach der Kanzlerrede, wie sie die Regierung wünscht, hat wenig

Aussicht auf Unterbrechung durch eine Reichstagsmehrheit, wenn es nicht dem Reichspräsidenten gelingt, in dieser Hinsicht einen Stimmungsumschwung bei den Parteien herbeizuführen.

Zu der Debatte der nächsten Woche haben, wie man weiß, die Sozialdemokraten und die Kommunisten Anträge eingebracht, worin sie die Aufhebung aller Notverordnungen der Regierung Papen verlangen. Wie der „Angriff“ mitteilt, werden die Nationalsozialisten wahrscheinlich „eigene Anträge in dieser Richtung“ stellen. Ob sie darin ebenfalls die Aufhebung verlangen, steht noch dahin.

Hitlers Kampfanzeige

München, 8. September.

Im Zirkusgebäude sprach Hitler zur politischen Lage und erklärte u. a.: Herr von Papen irre, wenn er meine, die Nationalsozialisten könnten heute ohne weiteres zu ihm überschwernen. Selbst wenn er (Hitler) es wollte, könne er die Bewegung nicht Herrn von Papen ausliefern, denn sie habe als Bewegung ihren eigenen Willen. Die Nationalsozialisten würden zu einer Einigung mit einer anderen Partei kommen, wenn es zunächst nicht anders möglich sei, zu regieren. Er, Hitler, verkaufe die Partei nicht für einen Ministerstuhl und nicht für Titel. Was die Regierung jetzt beabsichtige, sei völlig gleichgültig; sie könne den Reichstag auflösen, die Nationalsozialisten würden diese Regierung niemals anerkennen.

Scharf wandte sich Hitler hierauf gegen die Angriffe Papens wegen des Aufrufes und des Telegrammes des nationalsozialistischen Führers in der Angelegenheit der Verurteilung der Denthener SA-Deute. Hitler erklärte dazu u. a.: 350 Nationalsozialisten sind getötet worden; auch nicht ein Mörder wurde dafür gefasst, 40 000 sind verurteilt worden. Mir ist nichts davon bekannt, daß man jemanden dafür mit dem Tode bestraft hätte. Es ist mir nicht bekannt, daß in Polen jemals fünf Personen zum Tode verurteilt wurden, weil sie einen Deutschen erschlagen haben, der zahlreich Polen gemordet hat und den polnischen Staat vernichten wollte. In unserem Reich, das wir errichten, werden nicht fünf Deutsche wegen eines polnischen Mörders zum Tode verurteilt. (Stürmischer Beifall.) Wir werden unsere Kameraden vor ein Tribunal stellen und untersuchen, wie weit sie wirklich gefehlt haben. Dabei werden wir ausgehen von dem fundamentalen Grundfals, daß das Leben der Nation wichtiger ist als alles andere. Mit dieser politischen Führung in Deutschland können wir niemals zusammengehen. Herr Papen begreift nicht, warum die SA-Deute auf mein Telegramm an die Deutsche Verurteilung nicht sofort von mir weggehen. Wenn Herr von Papen im Arzenei gewesen wäre, anstatt auf der Postkassette in New York, wenn er in den dreizehn Jahren statt im Herrenklub bei uns gewesen wäre, würde er dies verstehen. Polen hat über 900 000 Deutsche ausgewiesen. Wie viele Polen hat Deutschland ausgewiesen? Es hat Hunderttausende hineingelassen.

Die Aufnahme der deutschen Sicherheitsforderung.

Der übliche Wortschwall

Wie das Havas-Büro nach dem Kabinettsrat mittelt, habe Ministerpräsident Herriot den Entwurf der Note verlesen, den er als Antwort auf die deutsche Denkschrift in der Frage der Rüstungsgleichberechtigung vorbereitet.

Obwohl die französischen Minister keine bestimmten Angaben über den Inhalt der Note machten, sei es doch klar, heißt es in der Havasdepesche weiter, daß dieses Dokument eine Prüfung der juristischen und politischen Probleme enthält, die durch das deutsche Schriftstück aufgeworfen wurden. Die Rüstungsmöglichkeit in Deutschland seien durch den Versailler Vertrag festgelegt. Dieser Vertrag sehe übrigens nur eine allgemeine Beschränkung der Rüstung vor, aber enthalte keine Bestimmungen im Hinblick auf jene Rüstungsvermehrung, die Deutschland fordere. Es stehe weder Frankreich noch Deutschland zu, die Klauseln des Versailler Vertrages zu ändern; allein die Unterzeichner dieses Vertrages hätten diese Macht. Aber die für eine solche Revision notwendigen Verhandlungen könnten nach den Bestimmungen der Vertrages selbst zu einer Herabsetzung der Rüstungen nur führen, wenn man für die interessierten Mächte auf das Mindestmaß Rücksicht nehme, das mit ihrer nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch eine gemeinsame Aktion ihnen auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. In einer besseren Organisation des Friedens könne sich schließlich die Lösung des durch die Reichsregierung aufgeworfenen Problems finden lassen.

Paris. Zu den deutschen Forderungen äußert sich die der Regierung nahestehende Ere Nouvelle noch einmal und stellt fest, daß Italien als einziges Land nicht gegen den Schritt der Reichsregierung protestiert habe. Welche Kombinationen man aber auch auf der anderen Seite des Rheins oder auf der anderen Seite der Alpen anstellt, es sei doch mehr als zweifelhaft, ob der Erfolg den Hoffnungen entspreche. Gegenüber der germanisch-slawischen Front habe sich eine französisch-englisch-amerikanische Front gebildet, deren Aufgabe es sein werde, den Frieden zu verteidigen (!) und sämtliche nationalitischen Streitigkeiten zu verhindern. Weder der übliche Wortschwall Mussolinis, noch die theatralischen Geheer der deutschen Minister würden diese Einheitsfront zerstören können.

Frankreich rechnet überhaupt wieder auf die Unterstützung Englands. Einheitlich ist die Stellungnahme in England nicht. Wohl findet man viel Sympathien für den deutschen Standpunkt — daß er rechtlich unangreifbar ist, haben ja auch die britischen Kronjuristen festgestellt —, aber man empfindet doch auch Mißbehagen darüber, daß Deutschland jetzt die Verhandlungen satt hat und Taten verlangt.

Der französische Antwort-Entwurf den Teilnehmern am Vertrauensabkommen zugeht.

Paris. Wie am Quai d'Orsay verlautet, ist der Antwortentwurf auf die deutsche Denkschrift, der am Mittwoch dem Kabinettsrat vorlag, bereits den Regierungen der wichtigsten Teilnehmermächte am Vertrauensabkommen von Lausanne im Wortlaut mitgeteilt worden. Ueber den Inhalt verweigert man vorläufig jede Erklärung.